

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.  
**Monats-Abonnements** werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Erzth. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

**Erscheint in Leipzig**  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Guerber,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Hag,  
8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

**Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.**

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Vergleichen betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Zeit- Zeile berechnet.

Nr. 60

Sonntag, 24. Mai.

1874.

**Wegen der Pfingstfeiertage fällt die Mittwoch-Nummer aus.**

## Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Juni zu 5 1/2 Silbergroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 6 Rgr. bei der Expedition, Zeigerstr. 44, und bei Colp. Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für **Bolkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönfeld, Anger** u. c. bei D. Stelzer, Reudnitz, Hohlweg, für **Plagwitz** und **Indenau** u. c. bei Frau Höbe, Plagwitz, Böhmer'sche Str. 26, für **Connewitz** u. c. bei Teubert, Bornaische Straße 19, für **Kleinschöcher** und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für **Thonberg** bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für **Stötteritz** bei Hufst. Voigt, Schulweg 2, für **Sohlis** u. c. bei D. Peukert, Hauptstr. 19.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelauer 6 b, 4 Tr.; Gorges, Weberstr. 32; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; Mehner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61; Krause, Zionskirchplatz 2, 3 Tr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

## Der Prozeß Moll.

Ueber die Prozeßverhandlung, welche am vorigen Sonnabend vor der 7. Kriminaldeputation des Berliner Stadtgerichts stattfand, berichtet die „Magdeburger Ztg.“, bekanntlich eine erbitterte Gegnerin der Sozialdemokratie, wie folgt:

Der dritte Angeklagte (in derselben Sitzung waren zwei Mitglieder des Allgem. deutschen Arbeitervereins, Friedrich Wilhelm Ludwig Franz Bod und August Kapell, ersterer zu 1 Jahr, letzterer zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden — wir werden über die Verhandlungen ausführlicher berichten; einstweilen sei nur erwähnt, daß sich bei beiden die Anklage auf Äußerungen in öffentlichen Reden bezog, und daß der Herr Staatsanwalt Tessenborn gegen Bod 2 1/2 Jahre, gegen Kapell 1 Jahr Gefängnis beantragt hatte.) Der dritte Angeklagte war der Reichstagsabgeordnete Redacteur Johann Joseph Moll, 1846 in Augsburg geboren, katholisch, einmal wegen politischer Vergehen bestraft, von der Polizei zu Chemnitz als hervorragender Agitator der sozialdemokratischen Partei bezeichnet. Moll ist angeklagt, in einer am 23. März im Carian'schen Lokale gehaltenen Rede zur Beherrschung der Pariser Commune gegen § 130 des Strafgesetzbuchs verstoßen zu haben. Die Arbeiterbewegung wurzelte tief in den heutigen Verhältnissen, sie erstreckte sich über die ganze civilisirte Welt, hieß es u. A. am Schluß der Rede. Die Sozialdemokraten erstrebten nur eine friedliche Lösung, ihren Gegnern die Wahl zwischen Reform und Revolution überlassend. Moll habe im Reichstage die Kasernen die besten Erziehungsanstalten genannt; im Allgemeinen danke das Volk für solche Erziehung, aber es könnten doch wohl Zeiten kommen, wo es der Regierung Dank sage für die Unterwerfung in den Waffen. — In einer andern Versammlung am 13. April nannte Moll das stehende Heer eine nichtswürdige Institution, wodurch der Absolutismus unter allen Umständen aufrecht erhalten werde. In diesem Ausdrucke erblickte der Kriegsminister v. Kamelle eine Beleidigung der Mitglieder des stehenden Heeres und beantragte deshalb die Verurtheilung des Redneren. — Der Angeklagte gab die zweite inkriminierte Äußerung ohne Weiteres zu. Bezüglich der ersten Rede behauptete er, die unter Anklage gestellten Sätze, die allerdings von ihm gesprochen worden, seien vollständig aus dem Zusammenhange gerissen und denselben ein ganz unberechtigter Sinn untergelegt worden. Er nehme für den Vortrag den Verfassungsartikel in Anspruch, welcher die Freiheit der Wissenschaft und ihre Lehre garantiert, denn die Geschichte sei ebenso eine Wissenschaft wie jede andere. Zum Beweise dessen verlas der Angeklagte einen längeren Auszug seiner Rede, der von dem als Zeugen vorgeladenen Polizeileutnant Häfeler, der die gedachte Versammlung beaufsichtigte, als im Allgemeinen richtig anerkannt wurde.

Der Staatsanwalt bezeichnete den vorgelesenen Auszug als einen werthvollen Beitrag für die Anklage, da derselbe den aufreizenden Charakter der ganzen Rede ins hellste Licht stelle. Gegenüber der freien Drohung, daß die Gegner der Sozialdemokratie nur die Wahl zwischen Reform und Revolution haben, gegenüber der schweren Beleidigung, jeder einzelne Soldat sei Mitglied einer nichtswürdigen Institution, gebe es nur eine Antwort: zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis. — Der Angeklagte verteidigte sich in längerer Rede. Er unterzog die Verurtheilung der Pariser Commune einer eingehenden Erörterung und knüpfte daran die Hoffnung, es werde sich kein deutsches Gericht finden, welches den Kritiker der Commune verurtheile, nachdem andere Staaten sogar die Auslieferung der Communards verweigert hätten. Der Satz: das Volk werde vielleicht der Regierung noch danken für den Unterricht in den Waffen, sei ganz allgemein hingestellt; was er sich dabei gedacht habe, gehe Niemand etwas an, denn Gedanken seien tollfrei. Auch den dritten Passus der Anklage erachte er für kraftlos, da er das stehende Heer nur als Staatseinrichtung für eine nichtswürdige Institution erklärt habe, wodurch sich kein einziger Militär beleidigt finden könne. Ueber das Strafmaß wolle er kein Wort verlieren; in letzter Zeit sei man daran gewöhnt

worden, in Bezug auf Strafanträge so Manches zu hören, was man bisher für unmöglich gehalten habe. Er hoffe bestimmt auf seine Freisprechung. — Um 5 Uhr Nachmittags setzte der Gerichtshof die Verkündung des Urteils auf Dienstag Mittag 1 Uhr aus.

Wir wollen aus diesem Bericht, den wir in der Freitagnummer ergänzen zu können hoffen, vorläufig nur zwei Punkte herausgreifen. Erstens den Urteilsbrief, welcher Moll von der Chemnitzer Polizei ausgehelt worden. Die Chemnitzer Polizei hatte unzweifelhaft das Recht, dem Berliner Gericht die verschiedenen Conflite, die sie mit Moll gehabt, mitzutheilen; wir bestreiten ihr aber durchaus das Recht, Moll als „hervorragenden Agitator der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zu denunzieren. Es verstößt gegen kein Strafgesetz, „Agitator der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zu sein, und folglich auch nicht „hervorragender Agitator der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zu sein. Wozu also diese Betonung der Parteistellung und Parteithätigkeit Moll's? Wenn wir erwägen, daß nach allgemeiner Annahme unter den Berliner Richtern eine der sozialdemokratischen Arbeiterpartei feindselige Stimmung herrscht, drängt sich uns der Schluß auf, daß das Verfahren der Chemnitzer Polizei durch die Absicht diktiert wurde, unter den Richtern die Moll'sche Prozeß abzurufen, eine Moll'sche feindselige Stimmung zu erzeugen. Jedenfalls war die betreffende Charakteristik geeignet, das Urtheil der Richter zu Ungunsten Moll's zu beeinflussen; und wir halten die Chemnitzer Polizei nicht für so naiv, über Tendenz und Wirkung ihrer Denunziation im Dunkel gewesen zu sein. — Und zweitens, wie konnte Herr Tessenborn sich erdreisten, das Wort Moll's: Die Gegner der Sozialdemokratie hätten nur die Wahl zwischen Reform und Revolution für eine „freie Drohung“ zu erklären? Den Ausdruck „frei“ wollen wir dem Tessenborn'schen Bildungsgrad, mit welchem wir uns gelegentlich und zwar sehr bald beschäftigen werden, zu Gute halten, für jetzt richten wir an Herrn Tessenborn bloß die Frage: wo steckt die „Drohung“? Wenn gesagt wird, wie Moll es gesagt hat: „Die soziale Frage drängt ihrer Lösung zu; erfolgt diese Lösung nicht auf dem Wege der gesetzlichen Reform, dann erfolgt sie auf dem Wege der gewaltsamen Revolution“, so ist das eine durch die gesamte historische Entwicklung begründete Wahrheit, eine Wahrheit, die nicht bloß von Sozialdemokraten, sondern auch von Männern der Wissenschaft, welche der Sozialdemokratie fernstehen, ausgesprochen worden ist, z. B. von Professor H. von Scheel, in seiner „Theorie der sozialen Frage“. Daß Herr Tessenborn diese Wahrheit für eine „Drohung“ ausgiebt, beweist nur, daß Herr Tessenborn 1) nicht weiß, was eine „Drohung“ und gar eine Drohung im juristischen Sinn ist; und daß er 2) von dem historischen Entwicklungsprozeß keine Ahnung hat. Die juristischen und geschichtsphilosophischen Kenntnisse des Hrn. Tessenborn sind offenbar hinter seinem staatsanwaltschaftlichen Eifer bedenklich zurückgeblieben. Wir empfehlen Hrn. Tessenborn nochmals die goldene Regel Talleyrands: Pas trop de zèle! Nicht zuviel Eifer!

Zum Glück für Herrn Tessenborn gibt es noch „Richter in Berlin“. Die siebente Criminaldeputation, wird der „Deutschen allgemeinen Ztg.“ aus Berlin, d. d. 19. Mai, geschrieben, „publizirte am Dienstag in dem Prozeße gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Moll das Urtheil. Dasselbe lautet auf Schuldig der Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegen einander (§ 130 des Reichs-Strafgesetzbuchs), dagegen auf Freisprechung wegen Beleidigung der Mitglieder der Armee, und verhängt über den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von anderthalb Jahren. In den Erkenntnisgründen wurde hervorgehoben, daß das „Fiat justitia“, welches der Reichstagsabgeordnete am Schluß seiner Verteidigung ausgerufen, speziell als Richtschnur des Urtheils gegolten habe. Die Redefreiheit, welche der Angeklagte bei seinem Vortrage über die Pariser Commune für sich in Anspruch genommen, sei an gewisse Grenzen gebunden, und die Redefreiheit anlangend, welche Moll gleichfalls herangezogen habe zu seiner Entlastung, so könne diese nur in ganz objectiven, doctrinären und jeder politischen Färbung entbehrenden Vorträgen beschäftigt werden. Die inkriminierte Rede würde eventuell straflos sein, wenn solche in der Berliner Nationalversammlung oder vor einer Vereinigung von Geschichtsforschern oder vor Gegnern der Commune gehalten wäre. Vor hiesigen Sozialdemokraten vorgelesen, involvire solche aber die Momente des bezüglichen § 130. Die Ausdrucksweise des Angeklagten: „das Militär ist eine nichtswürdige Institution“, wurde in der Begründung des in diesem Punkte freisprechenden Erkenntnisses als eine Beleidigung der Armee nicht erachtet, ebenso wenig, wie wenn Jemand die indirecten Steuern schlecht machen würde, dieser wegen Beleidigung von Steuerbeamten bestraft werden sollte. Die Höhe der erkannten Strafe wurde durch die Eigenschaft des Beschuldigten als Reichstagsabgeordneter sowie auch durch die Vorstrafen desselben motivirt.“

Aus dem Schlußsatz erhellt, daß „die Eigenschaft des Beschuldigten als Reichstagsabgeordneter“ von den Berliner Richtern als strafverschärfendes Moment aufgefaßt worden ist. Mit andern Worten, Moll soll deshalb auf 1 1/2 Jahre ins Gefängnis marschieren, weil ihn 10,000 Chemnitzer Arbeiter zum Reichstagsabgeordneten gewählt haben! Abgesehen von der juristischen Nonstrosität (Ungehörigkeit) ist dies eine Insult der Wähler Moll's, die in der Person ihres gewählten Vertreters thätlich beleidigt werden, und ferner ist's eine flagrannte Verschimpfung des Reichstags, welcher durch diese Motivirung implicite als eine Versammlung von Lumpen und Verbrechern hingestellt wird. Der Reichstag möge sich bei den

„Berliner Richtern“ bedanken; die Chemnitzer Arbeiter stehen über den Insulten der „Berliner Richter“.

## Politische Uebersicht.

— Ein Vergleich. Anlässlich des Putbus-Viron-Standals wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin geschrieben:

„Ein neckisches Spiel des Zufalls will, daß mit diesen fürstlichen Standälen die gerichtliche Verhandlung gegen den Reichstagsabgeordneten Moll zusammenfällt. Dieselbe fand vorgestern statt, doch wird das Urtheil erst morgen Mittag publizirt werden. Moll hat sich mit großer Gewandtheit verteidigt und wenn man auch nur den dürftigen Abriss, welchen die hiesige Presse von seiner Rede gibt, mit der neulichen Verteidigung des Fürsten Putbus zusammenhält, so wird kein Unbefangener darüber im Zweifel sein, wo mehr Anstand, Bildung und Talent zu finden ist, bei dem Sachbündelgefallen oder bei dem Pair von Preußen. Doch das ist das Wenigste bei dieser unwillkürlich sich aufdrängenden Parallele. Fürst Putbus ist von einem makellosen Volksvertreter in öffentlicher Parlaments-sitzung unter Verbringung einer erdrückenden Beweislast der „Betrügerei“ und des „Schwindels“ geziehen worden, das ganze Land ist in Aufregung, aber bis zu den Ohren der Staatsanwaltschaft scheint nicht die leiseste Kunde von diesen seltsamen Vorgängen zu dringen. Hr. Moll dagegen hält vor Monaten in einem kleinen Vereine eine Rede, in welcher er theoretische Ansichten von der Bedeutung der Pariser Commune und dem Werthe gewisser Reichsinstitutionen kundgibt, welche einigermassen von der herrschenden Meinung abweichen und er wird zwangweise durch halb Deutschland geschleppt, mit gemeinen Verbrechern in dieselbe Kerkerzelle geworfen und Hr. Tessenborn, der von der liberalen Presse hochgepriesene Staatsanwalt beantragt gegen ihn eine zweieinhalbjährige Gefängnißstrafe.“

Das Urtheil der „Richter in Berlin“ ist, wie es scheint, extra gemacht, auf daß die Natur der Stieber-Bismarck-Wagner'schen „Schöpfung“, auch genannt „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“, recht klar werde. Für ehrliche Männer des Volks das Gefängnis, und für die — Putbusse und Vironen — Hochwürden und Fürstenthum.

— Schuppenstedt in Sachsen. Der hohe Stadtrath von Pegau hat im Januar dieses Jahres an die Bürger und Einwohner „seiner“ Stadt eine Bekanntmachung erlassen, welche harte Strafen verhängt über jene unglücklichen Pegauer, welche ihre Communal- und Schulgeldverabgaben nicht bezahlen konnten und deshalb bereits erfolglos angepöndelt worden sind, oder jene bedrohen, die das an sich schon harte Unglück haben, Almosen von der Stadt in Anspruch nehmen zu müssen. Bis nach erfolgter Bezahlung, resp. Restituzion sind sie, wie im Mittelalter, in die große Acht gethan; der Ullas lautet, daß sie bis dahin von allen öffentlichen Vergnügungen, welche mit Geldaufwand verbunden sind, sowie von der Theilnahme an geschlossenen Gesellschaften ausgeschlossen sind, bei — man staune — Gefängnißstrafe! O, Ihr glücklichen Restanten in andern Orten! Aber bis ins dritte und vierte Glied geht der Pegauer Stadtrath; Gefängnißstrafe und Geldbuße schwebt auch über den unglückseligen Häuptern der Gastwirthe, welche einen Versehenen am Billard-, Regal-, Karten- oder Würfelspiel, resp. am Tanzvergnügen sich betheiligen lassen, oder jener Kaufleute, welche den Gebrauchsmarken geistige Getränke verkaufen, endlich aber auch über den geschlossenen Gesellschaften, welche einen Ausgestoßenen in ihren Kreis aufnehmen. Eine Liste der Geschützten wird von Rathswegen an alle Gastwirthe, Kaufleute, Gesellschaften u. s. w. befohrt. — Die „Dresdn. Nachrichten“ jammern: „Wo bliebe denn da die persönliche Freiheit?“ — Wo die geblieden ist, haben wir schon oft gesagt und haben auch gar keine Lust, sie für jene Narren wieder herbeizuwünschen, die von jeder behauptet haben, daß man sich gar nicht moher fühlen könne, denn unter den gegenwärtigen Zuständen. Wir würden uns freuen, wenn die horribile Maßregel des Pegauer Stadtraths endlich einmal wenigstens an Orte den blinden Glauben an die Phrasen von „Freiheit“ zerstörte, die man von jedem „Patrioten“ hören kann. Und wurde doch erst kürzlich im Reichstage sogar gesagt, daß das Maß persönlicher Freiheit nirgends größer sei, als in Deutschland! Nun, der Stadtrath von Pegau hat's illustriert!

— Volkszeitungsweisheit. Die Berliner „Volkszeitung“ schreibt in einer der letzten Nummern:

„Arbeitergroßen. Das Gesamtvermögen der Verbands-Invaliden-Kasse der Hiesig-Dunder'schen Gewerkschaft beträgt gegenwärtig 33,876 Thlr. 13 Gr. 7 Pf., das der Verbands-Invaliden-Kasse getrennten Invaliden-Kasse des Gewerkschafts der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter 16,400 Thlr., zusammen also über 50,000 Thlr.“

Dazu bemerkt der Braunschweiger „Volksfreund“:  
„Also diese 50,000 Thlr., diese kolossale Summe, in 8 Jahren aufgebracht, sind Arbeitergroßen; und was sind die 100,000,000, also das 2000fache jener 50,000 Thlr., welche allein für das Militär aufgebracht werden, anders als Arbeitergroßen? Sind jene 50,000 Thlr. auch nur geeignet, für 100 Arbeiter die Garantie zu geben, daß sie im Falle der Invalidität vor der ärgsten Noth geschützt sind.“

Damit die „Volkszeitung“ indessen völlig begreift, daß es auch „Arbeitergroßen“ gibt, die nicht in Gewerkschaften oder Gewerkschaftskassen als „Vermögen der Arbeiter“, sondern in den feuerfesten Schränken „großer Herren“ als „Entbehrungslohn“ ange-

sammelt sind, möge sie sich merken, was die „deutsche Reichs-correspondenz“ aus Essen berichtet:

Der Geh. Commerzienrath Krupp in Essen hatte bisher 7,200 Thlr. Einkommensteuer bezahlt. Wie uns berichtet wird, ist Herr Krupp für das Jahr 1874 in die 117. Steuerstufe gesetzt und zu einem Steuerbetrage von 50,400 Thlr. veranlagt worden. Diese Summe würde somit bei einem Zinsbetrage von 3 Prozent veranlagt ein Einkommen von jährlich 1 Million und 680,000 Thlrn. repräsentieren.

Dazu bemerkt der Münchener „Zeitgeist“:

„Bisher hat also der „große Industrielle“ von seinem Einkommen nur 7/100 Prozent als Steuer gezahlt, d. h. sehr viel weniger als jeder andere preussische Bürger. Interessant wäre es, zu erfahren, wie viel Arbeiter des Herrn Krupp zusammen eine Jahreseinnahme von 1,680,000 Thlr. haben und wie hoch die Steuer-summe ist, welche diese Arbeiter an den Staat entrichten müssen.“

Wenn sich also die „Volkzeitung“ mit „Arbeitergroßchen“ beschäftigen will, so möge sie das vom „Zeitgeist“ angebotene Rechenexempel machen und Herr Max Hirsch, der Freund der „Volkzeitung“ auch zu seiner Erbauung versuchen, die Jahresrente des Herrn Krupp mit dem Lohne von der entsprechenden Anzahl von Arbeitern mittelst der famosen Harmonielehre „unter einen Hut“ zu bringen.

Schließlich sei an die „Volkzeitung“ und ihren Ganymedes (lieblicher Jüngling) Max Hirsch die Frage gerichtet:

Wer ist es, der von den „Arbeitergroßchen“ existirt; die sozialdemokratischen Agitatoren, Herr Krupp, oder die ganze heutige Gesellschaft? Und wer ist am achtungswerthesten — der am meisten oder am wenigsten „Arbeitergroßchen“ einsteckt? Und wer ist zu verdammten: der dies unbefugte Einstecken fremder „Arbeitergroßchen“ harmonisch findet, oder der diesem großartigem Unfug ein Ende zu machen trachtet?

— Beneidenswerth. Der sächsische Staatsminister Herr von Friesen that in der Kammer Sitzung vom 19. Mai die klassische Aeußerung:

„In Sachsen gibt es keine 100 Personen, welche nicht mit vollem Herzen zum Reiche ständen und über das Verhältnis Sachsens zum Reiche glücklich wären.“

Der Glückliche! Es war ihm vergönnt, zu schlafen, oder zu träumen, als in Sachsen bei den Reichstagswahlen 93,000 Stimmen auf Sozialdemokraten fielen. Möge er sanft geruht haben, und der Gott, der nach dem „Kamerad“ so „groß ist im Sachsenland“, möge ihn weiter träumen lassen!

— Parteigenosse R. Jacobi in Frankfurt ist wegen Verleumdung des deutschen Kaisers und des Königs von Sachsen zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt und in Haft gehalten worden. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt.

## Gewerkschaftliches.

### Metallarbeitergewerkschaft.

**Chemnitz**, 19. Mai. Die den Bevollmächtigten zugesendeten Sammelbögen möge man in ausgiebigster Weise verwenden und nach dem Gebrauche an den Hauptkassirer Karl Herrn. Hiedler, Chemnitz, Poststr. 34, gelangen lassen. Endlich waren nun auch einmal die ersten 49 Protokolle des Hannoverischen Eisen- und Metallarbeitercongresses vom Drucker zu erlangen, es konnte dieserhalb den Bevollmächtigten nur je 1 Stück zugesendet werden. Statuten wurden bis jetzt gleichfalls nur ein kleiner Bruchtheil geliefert.

Als neue Mitgliedschaft ist Schw.-Hall zu verzeichnen; die Adresse des Bevollmächtigten folgt nach.

Hinsichtlich des Allg. Metallarbeiterverbandes, dessen 1. Vorsitzender Bähge, Berlin, Dresdnerstr. 5, 4. Et., ist an Stelle des inhaftirten Genossen Claus H. Havenith, Berlin, Linienstr. 79, als zweiter Vorsitzender eingetreten, und findet die Generalversammlung dieses neuen Verbandes am 5. Juli d. J. zu Kassel statt. Richard C. J. Wolf.

### Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

**Braunschweig**. Schon seit längerer Zeit stehen unsere Fachgenossen von Seefeldorf, Seefeldmünde und Bremerhaven mit ihren Arbeitgebern in Unterhandlung wegen Lohnerhöhung, dieselbe besteht darin, den Minimallohn pro Tag auf 1 Thlr. 10 Gr. zu stellen und eine halbe Stunde Besperzeit, für Sonntagsarbeit den doppelten Tagelohn und für jede Ueberstunde 6 Gr. zu bezahlen. Kollegen allerorts! Wer nur die Verhältnisse dort einigermaßen kennt, muß sich sagen, daß diese Forderungen höchst billige und gerechte sind, zumal die Lebensmittel und Mietpreise dort ganz enorm hoch stehen, noch hinzuzurechnen die schädlichen Ausdünstungen, welche sich in den Hasenstädten in Form des kalten Fiebers geltend machen und meistens lange Arbeitsunfähigkeit nach sich ziehen. Die dortigen Fachgenossen haben nun in der am Sonntag den 10. Mai zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, die 14tägige Kündigung einzureichen, weil ihnen bis jetzt die Arbeitgeber schroff gegenüberstehen. Diese Zeit ist nun den 25. Mai abgelaufen, kommen bis dahin die Meister den Gehilfen nicht auf irgend welche Weise entgegen, so ist die Möglichkeit vorhanden, daß nach Pfingsten dort der Strike ausbricht. Darum ist es schon jetzt nothwendig, daß der Zuzug nach dorthin ferngehalten wird, damit der Sieg den Genossen nicht schwer gemacht wird. Es werden daher alle arbeitserfreundlichen Blätter gebeten, vor Zuzug nach den genannten Orten zu warnen, umso mehr als die dortigen Arbeitgeber durch Bekanntmachungen in verschiedenen Blättern Arbeiter heranzuziehen suchen.

Noch theile ich mit, daß die Vorortverwaltung in ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, den allgemeinen Gewerkschaftscongress in Magdeburg zu Pfingsten durch zwei Delegirte zu beschicken. Es wurden gewählt: Gäbler (Dresden) und Riele (Braunschweig). Es ist nun nach den bereits an uns ergangenen Mittheilungen betreffs der Urabstimmung festgestellt, daß sich die Majorität für Streichung des Wortes „international“ entschied. Wir fordern daher alle Bevollmächtigten auf, in den Gewerkschafts- sowie in den Krankenkassen-Staaten dieses Wort zu streichen, so daß es nun fortan einfach heißt: Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Selber zur Hauptkassirer gingen ferner ein von Schöningen 2 Thlr. 17 Gr., von Augsburg 6 Thlr., von Braunschweig 14 Thlr. 25 Gr., von Nürnberg 8 Thlr. 12 Gr., von Chemnitz 5 Thlr. 12 Gr. 4 Pf., von Seefeldorf bei Bremerhaven 22 Thlr. 25 Gr. 3 Pf. Noch fordern wir die Kollegen in Thüringen (Warttemberg), Passau, Pforzheim (Baiern) und Schwarzenbach a. d. Saale auf, mit uns in Correspondenz zu treten. Dem Fachgenossen Herrn Grünig zu Alstedt in Thüringen zur Notiz: Ihr Brief kam zu spät, es konnte Niemand kommen, also den Sonntag nach Pfingsten.

Zu unserer Mitte Juni in Coburg stattfindenden Generalver-

sammlung, ist folgende Tagesordnung festgestellt: 1) Rechenschaftsbericht der Hauptkassirer, sowie der Hauptgewerkschafts-Kasse. 2) Wahl des Vororts und der Verwaltung. 3) Nothwendigkeit der Agitation. 4) Berathung über Anschlag an die Union. 5) Geschäftsordnung. Dieses zur Notiz allen Mitgliedschaften; mögen nun dieselben Anträge zur Generalversammlung rechtzeitig an uns einfinden. Wir machen auf § 25 und 27 des Statuts besonders aufmerksam. Der Hauptkassirer Carl Bod wohnt Kaffeetwete 5.

Mit Gruß und Handschlag

Für die Verwaltung: Heinrich Riele, Vorsitzender.

### Gewerkschaft der Schuhmacher.

Neue Mitgliedschaften: Hürth: Bevollmächtigter Rastlein bei Schmidt, Schwabbacherstraße Nr. 3; Kassirer Stadler, Alexanderstraße Nr. 19; Schriftführer Steiner und Kontrolleur Krefz.

Vieherach in Württemberg: Bevollmächtigter Friedrich Haug, bei Dietterle; Kassirer M. Schmidt bei Dietterle; Kontrolleur St. Haas, A. F. Schänle. In Mannheim ist Bevollmächtigter Ernst Maurer bei Reetz, J. 2. Nr. 7.

Wir ersuchen die Beamten der Gewerkschaft, das an sie gesandte Material sorgfältig aufzubewahren, da dieselben von jetzt ab für Alles ankommen müssen, wenn nicht der Beweis erbracht wird, daß es unverantwortlicher Weise abhandeln gekommen ist. Ferner wollen die Mitgliedschaften, welche Gewerkschafts-Statuten brauchen, sich mindestens 14 Tage bis 3 Wochen nach der Generalversammlung gebuldrigen, da keine mehr auf Lager sind, können aber bis dahin mit Mitgliedslisten andehlfen. Gruß W. Bod.

Wir warnen vor Zuzug nach Wiesbaden.

Der Hauptkassirer A. Kolllein wohnt Hülzelsasse Nr. 16.

D. D.

**Würzburg**. Auch hierorts haben wir wegen unserer gedrückten Lage eine Lohnforderung an die Herren Arbeitgeber gestellt, welche aber von diesen verweigert wurde mit der Bemerkung, die jetzigen Löhne seien den Zeitverhältnissen ganz angepaßt. Ob die Löhne zum Leben oder zum Verhungern angepaßt sind, darüber fehlen uns nähere Aufschlüsse von Seite der Herren „Arbeitgeber“. Bloß diejenigen Arbeiter, welche Halbstiefeln 1. Classe machen, erhielten pro Paar 12 Pf. mehr. Auch ein schöner Gnadenbrocken. Die Humanität der Meister reichte sogar soweit, daß sie es jedem Mitgliede ihres Vereins freigestellten, die Löhne nach Gutdünken auszubessern. Es blieb aber bis dato die freiwillige Aufbesserung in ihren Taschen, da es ihr seiner Geldnerer nicht zuließ, unsere Forderungen nachzukommen. Wir waren jedoch mit diesem Resultate nicht zufrieden und sandten den Meistern eine Rückantwort, worin wir unsere gerechte Forderung aufrecht hielten. Unsere Forderung bestand in 20 Prozent für Herren-, 10 Prozent für Damen- und 10 Prozent für geringere Arbeit. Da aber die Herren Arbeitgeber bislang kein Lebenszeichen von sich gaben, sahen wir uns genöthigt, ein drittes Schreiben an sie zu richten, worauf wir gegenwärtig noch Antwort erhalten sollen.

Mit collegialischem Gruß Der Bevollmächtigte.

### Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Sämmtlichen Mitgliedschaften (Oesterreichs und der Schweiz) diene hiermit zur Nachricht, daß der Strike in Nürnberg durch festes Zusammenhalten der Kollegen zu ihren Gunsten sich entschieden und beendet ist. Der Vorort: F. Schmeißer.

## Correspondenzen.

**Großenhain**. Sehr lange ist über die Thätigkeit der hiesigen Mitgliedschaft nichts berichtet worden und doch haben wir von verhältnismäßig guten Errungenschaften zu sprechen. Seitdem der Herr Professor Richter durch seine Candidatenrede und der zu seiner Partei sich bekennende Bürgermeister Ludwig Wolf durch seine famose Gesehdenkenntnis (§ 4 des Vereins- und Versammlungsgesetzes) Propaganda für unsere Partei gemacht haben, seitdem erreichten die persönlichen Reibereien unter den damals sehr wenigen Mitgliedern ihr Ende; der Geist der Zusammengehörigkeit machte sich geltend und bewirkte ein vernünftiges Handeln, zu welchem ja die Wahl Material in Masse lieferte. Der anerkennenswerthen Thätigkeit der wenigen Mitglieder ist nicht nur der Sieg, welcher am hiesigen Plage über die Fortschrittspartei, mit dem gefegesuntundigen Bürgermeister an der Spitze, errungen wurde, zu danken, sondern dieselbe hat auch die Erhöhung der Mitgliederzahl auf 30 Mann, welche einen festen Kern bilden, bewirkt. Ferner sind durch diese Thätigkeit Anknüpfungspunkte mit hiesiger Arbeitern erzielt worden. Wie überall, so verschafften sich unsere Prinzipien in den Herzen und Köpfen der hiesiger Arbeiter schnellen Eingang und erhalten eine tüchtige Beförderung durch verzweifelte, seitens der Behörde ausgeführte „Essendorfsäden“. Natürlich bewirkten diese Letzteren immer das Gegentheil von dem, was sie bezwecken sollten; war früher der Erfolg zweifelhaft, so ist er jetzt erfreulich zu nennen.

Obwohl die hiesigen Parteigenossen ihr Möglichstes thun, läßt es die große Masse, welche uns während der Wahl zum Siege verhalf, bei der Sympathie bewenden und sehr spärlich wächst die Mitgliederzahl. Immer ist aber eine kleine, sich selbstbewußte Schaar, die energisch handelt, besser, als eine große Masse, welche durch Flaubeit zur Unthätigkeit verdammt wird. Wir werden also tapfer weiter arbeiten.

**Berlin**, 19. Mai. Das Wachstum unserer Mitgliedschaft hält mit den Verfolgungen von „maßgebender“ Stelle gleichen Schritt. Die letzten Versammlungen haben uns wieder 76 neue Mitglieder zugeführt. Parteigenossen! Dieses ist die beste Antwort für diejenigen, welche glauben, „Einschüchterungsversuche“ genügen, und von der großen Idee der Sozialdemokratie, der Erlösung der darbenenden Menschheit abzubringen. Schritt für Schritt, unaufhaltsam bringt unsere Lehre in die Massen; sorgt allerorts dafür, daß die Organisation der Partei durch Anschlag der Gleichgesinnten gestärkt wird. Ein Det muß mit dem andern wetteifern; hier lassen wir die „freie Concurrrenz“ gelten. Den Berliner Parteigenossen aber hier den Dank für die eifrige und unermüdete Unterstützung; wenn so fort gearbeitet wird, kommen wir bald auf 1000 Mann; die Erreichung des ersten Tausend feiern wir durch ein großes Arbeiterfest. Genüßgenossen, gebt uns die Bruderhand!

### Briefkasten

der Redaktion. F. J. J. in Hürth: Ja; geben Sie uns Ihre Adresse an, damit Sie Antwort erhalten können. R. in L.: Brief folgt. A. S. in Frankfurt: Die Sache wird sich dieser Tage wohl erledigen. Der Expedition. Mira hier Ab. 2. D. Nr. 17 5. Rbn Frankfurt Schr. Nr. 29 5. Sitz hier 2 Gr. Rgnff Schr. 6 Gr. Mir hier Schr. Nr. 22 5. Hüma Stuttgart Schr. Tbr. 3 18 5. G. Rbr Reamborf Schr. Tbr. 1 15. Rhschmdr Parzbürg Schr. Tbr. 1 10. D. Wnlfr Dederan Schr. Gr. 8 5. Arb.-Bild.-Verein Meeran Ab. Tbr. 3 17.

### Fond f. pol. Gemahregelte.

R. Wrin hier 10 gr. Stenogr. Club im A.-S.-B. hier 15 gr. J. F. hier 20 gr.

## Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antikeilhelme bez. Antikeilquittungen erpöleten ferner: In Stöttech C. B. 3 Thlr.

## Anzeigen etc.

**Cöln** Mittwoch, d. 27. Mai, Abends halb 9 Uhr: **Versammlung** bei Hrn. C. Brenner, Eigelstein 25. — Tagesordnung: Entstehung des Sozialismus. Wegen der wichtigen Tagesordnung bittet um recht zahlreichen Besuch Der Vertrauensmann.

## Leipzig

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer. Dienstag keine Versammlung. Sonnabend, d. 30. Mai, Abends 8 Uhr: **Versammlung** bei Zeidler, gr. Bindmühlstraße 7. — Tagesordnung: Sozialer Wochenbericht Gewerkschaftsangelegenheiten.

Gäste sind willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. D. Bro.

Ich ersuche die Expeditionen derjenigen Parteiblätter, welche mir per Kreuzband übermittel werden, gefälligst das francieren nicht zu übersehen indem im Unterlassungsfalle ein bedeutender Postschah hier am Orte zu entrichten ist.

Frankfurt a. M. K. Ellner.

Allen Parteigenossen und Freunden bei meiner Aereise von hier nach Weimar ein herzlichliches Lebewohl!

Meerane, 20. Mai 1874. C. Petermann.

## Adolph Sepner

Buchhändler, Breslau, Gräbnerstrasse No. 33.

## Bibliographische Centralagentur.

Bermittelung von Kauf und Verkauf ganzer Bibliotheken, größeres Sammelwerke (Conversationslexica, Atlanten, Kunstblätter), sowie Antiquariats aller Art und von Verlags-Manuskripten.

Agentur des kartographischen Instituts von Flemming in Glogau (Sohr-Vergband Handatlas in 100 großen Folio-Karten à 3<sup>2</sup>, Sgr. in Lieferungen; complet geb. 19<sup>2</sup>, Thlr.) [32a]

Ein Posten

**Gute reine Hemdenleinwand**

ist billig im Ganzen oder Einzelnen zu verkaufen:

Leipzig, Brühl 57, C. J. Claus.

## Arbeitshosen.

Recht Englische Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr., Leder-Westen à Stück 1 Thlr., Cordhosen à Stück 1 Thlr. 10 Sgr., Starke Stoffhosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr., Drellhosen à Stück 1 Thlr., Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27<sup>2</sup> Sgr.

empfehl

## Louis Guttman

[3. M.] Leipzig, Grimma'sche Straße Nr. 24.

## Die Hutfabrik-Genossenschaft

Kleine Fleischergasse 20

## in Leipzig

mpfehl ihr Lager in

Filz- und Seidenhüten neuester Façon

zu den billigsten Preisen. Reparaturen gut, schnell und billigt. [13 S.a]

## Das Tuch- und Buckskin-Lager

von

Gebrüder Reichenheim aus Dessau

außerordentliches Lager en gros & en detail, Leipzig, Gairn-

straße im Stern im großen Parterregewölbe

empfehl Rod- und Hosenstoffe neuester Genres.

Gezwirnte, dancerbaste Fußstias für Anabenanzüge.

Belours, Doubles- und Schlafrockstoffe.

Schwarze und couleure Damentuche.

Regenmantelstoffe und Lamas.

Schwarze, feine Tuche, Buckskin und Tricots.

Rothe, weiße und grüne Tuche für Stickerien.

Preise billigt aber fest mit 3<sup>2</sup> Pro. Rabatt oder pro Thaler 1 Ngr.

bei sofortiger Baarzahlung. — Nach außenwärts Musterführung franco.

Leipzig.

## Gebrüder Reichenheim,

Gairnstraße im Stern.

**Anmerkung.** Vorstehende Firma bezieht bereits seit dreißig Jahren

die hiesigen Messen und die Filiale Gairnstraße im Stern besteht seit 1867.

Der Verkauf findet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr statt. [3e]

Soeden ist in meinem Verlage erschienen:

## Unsere Schulen

im Dienste gegen die Freiheit.

## Von Eduard Sach.

„Einen Wahn verlieren, macht weiser, als ein

Wahrheit finden.“ U. Börne.

Preis 10 Gr.; für Arbeitervereine direct bezogen 6 Gr., 6 Stück 1 Thlr.

Unerbittlich geht der Verfasser mit „unseren Schulen“ ins Gericht.

Um etwas Besseres zu schaffen, ist es vor Allem nöthig, daß man die

Mängel und Schwächen des Bestehenden erkennt. In klarer und ein-

facher Schreibweise werden die Mängel und Schwächen unserer Schule

von dem Verfasser enthüllt; aber dabei versteht es derselbe, anzuregen

und zu zünden und gerade an der geeigneten Trostlosigkeit der heutigen

Zustände den energischen Willen zu wecken, andere bessere Schulen

herbeizuführen.

Braunschweig, 22. Mai 1874. W. Brack jr. [3a]

Soeben erschien die 11. Lieferung vom

## Leipziger Hochverrathprozeß

(Liebknecht's „ungehaltene“ Rede enthaltend).

Preis dr. Leipzig 2 gr. 5 pf.

3c Expedition des „Volkstaat“.

Abonnements

auf die New-Yorker „Arbeiter-Zeitung“ nimmt die Unterzeichnete ent-

gegen. Der zweite Jahrgang begann am 7. Febr. 1874; mit 4. April

das zweite Quartal. — Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint wöchentlich ein-

mal. Preis pro Quartal 1 Thlr. 5 Gr.

Zahlfreien Aufträgen sieht entgegen

Leipzig. Die Expedition des „Volkstaat“ [m2]

Soeden erschienen und durch uns zu beziehen:

## Neues und Altes.

Eine Bertheidigungsschrift von G. A. Demmler zu Schwert-

Leipzig, 19. Mai 1874. Die Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig: Verantw. Redaction: W. Bräuer, (Redaction u. Expedition  
B.-Vertr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.